

Frühlingsession 2025: Überblick aus Sicht des VBSA

Inhaltsverzeichnis

Behandelte Geschäfte	3
Im Nationalrat (NR)	3
Postulat (NR Céline Weber, Grüne) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern.....	3
Im Ständerat (SR)	3
Motion (SR Daniel Fässler, Mitte) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen	3
Interpellation (SR Céline Vara, Grüne) – Kunststoffrecycling. Vorsicht vor den gesundheitlichen Folgen.....	3
Interpellation (SR Tiana Angelina Moser, GLP) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte.....	4
Postulat (SR Céline Vara, Grüne) - Leadership im Kampf gegen Umweltverschmutzung durch Plastik. Wie kommt die Schweiz voran?	4
In beiden Räten	4
Geschäft des Bundesrates - Forschungsförderinstrument SWEETER (Swiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction) für die Jahre 2025-2036. Verpflichtungskredit.....	4
Pendente Geschäfte	5
Motion (NR Cattaneo Rocco, FDP) - Nutzung von Deponien zur Erzeugung von Solarenergie.....	5
Interpellation (NR Bastien Girod, Grüne) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrichtverbrennungsanlagen.....	5
Motion (SR Jakob Stark, SVP) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen.....	5
Motion (UREK-S) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO ₂	5
Interpellation (NR Sophie Michaud, Grüne) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?	5
Interpellation (NR Brenda Tuosto, SP) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen.....	6
Interpellation (NR Nadine Masshardt, SP) - Wie fördert die Schweiz die Forschung zur Sicherheit von Chemikalien?	6
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Standards und Qualität der CO ₂ -Entfernung	6

Neu eingereichte Geschäfte	7
Im Nationalrat.....	7
Anfrage (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Coûts liés à l'inaction environnementale (Deutsche Übersetzung folgt).....	7
Interpellation (NR Lorenzo Quadri, SVP) - Adeguamento alle nuove ricerche e autorizzazione dell'utilizzo di plastiche oxo-biodegradabili (Deutsche Übersetzung folgt)....	7
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Pneuabrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?.....	7
Motion (NR Ursula Zybach, SP) - Schluss mit dem Entlastungspaket 27	7
Im Ständerat.....	7
Anfrage (SR Maya Graf, Grüne) - Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 27 /Änderung des Subventionsgesetzes: Auswirkungen und effektives Sparpotential.....	7
Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte	8
Postulat (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (06.06.2023).....	8
Motion (SR Marianne Maret, Mitte) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (06.06.2023)	8
Postulat (SR Tiana Angelina Moser, GLP) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (03.05.2023).....	8
Postulat (SR Othmar Reichmuth, SVP) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (13.06.2023).....	8
Postulat (UREK-N) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (11.03.2024)	9
Motion (UREK-N) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben (05.12.2024).....	9
Motion (UREK-N) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (05.12.2024)..	9
Postulat (UREK-N) - Stand und Potenzial der Pyrolyse (20.12.2024).....	9
Postulat (UREK-N) - Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (20.12.2024)	9

Behandelte Geschäfte

Im Nationalrat (NR)

[Postulat \(NR Céline Weber, Grüne\) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern](#)

Das Postulat 24.4378 zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wiederverwendung von Verpackungen fördern. Es wird vorgeschlagen, Unternehmen, die Glasflaschen wiederverwenden, von der Pfandpflicht zu befreien, um innovative Systeme zur Wiederverwendung zu unterstützen. In der Frühlingssession wurde das Postulat bekämpft und die Diskussion verschoben. Der Bundesrat hingegen hat die Annahme des Postulates beantragt und verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zur Förderung von Mehrwegverpackungen aus Glas eröffnet wird.

Im Ständerat (SR)

[Motion \(SR Daniel Fässler, Mitte\) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, Gesetzesänderungen vorzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, um den wirtschaftlichen Betrieb von Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz auch in Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erkennt der Bundesrat die Biomasse als nachhaltige und CO₂-neutrale Energiequelle mit einem festen Platz im erneuerbaren Energiemix der Schweiz und fördert sie durch Investitionsbeiträge von bis zu 60 % für neue, erweiterte oder renovierte Anlagen. Obwohl er die Anliegen der Motion prüft, beantragte er deren Ablehnung, da bereits laufende Rechtsetzungsprojekte wie die Revision des Energiegesetzes und das CO₂-Gesetz Fördermassnahmen für Biomasseanlagen enthalten. Der Ständerat hat die Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2026 beschlossen.

[Interpellation \(SR Céline Vara, Grüne\) – Kunststoffrecycling. Vorsicht vor den gesundheitlichen Folgen](#)

Die Interpellation 24.3999 thematisiert die gesundheitlichen Risiken durch chemische Zusatzstoffe in recycelten Kunststoffen, insbesondere in Lebensmittelverpackungen. Der Bundesrat hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass er sich für strengere Regulierungen einsetzt, um die Verwendung gefährlicher Zusatzstoffe zu beschränken. So wird beispielsweise im Rahmen des Projekts "Clean Cycle" der ETH Zürich an der Identifizierung potenziell besorgniserregender Chemikalien gearbeitet. Der Bundesrat wies auch darauf hin, dass die Schweiz strenge Regulierungen für das Recycling von Kunststoffen mit Lebensmittelkontakt eingeführt hat, die sicherstellen, dass die Gesundheit der Konsumenten nicht gefährdet wird. Bisher wurde nur das Recycling von PET-Getränkeflaschen und Milchflaschen für eine Lebensmittelanwendung bewilligt. Ständerätin Vara hat keine Diskussion verlangt weshalb dieses Geschäft als erledigt gilt.

[Interpellation \(SR Tiana Angelina Moser, GLP\) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte](#)

Die Interpellation 24.4056 fordert den Bundesrat auf, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung durch langlebige Chemikalien wie PFAS und PCB zu entwickeln, umfassende Massnahmen zu ergreifen und eine entsprechende Rechtssicherheit zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erwähnt der Bundesrat, dass verschiedene Regulierungen gegenwärtig in Erarbeitung sind (siehe [Motion 22.3929](#) und [Postulat 22.4584](#)). Eine Diskussion fand am 11. März im Ständerat statt worauf dieses Geschäft erledigt wurde.

[Postulat \(SR Céline Vara, Grüne\) - Leadership im Kampf gegen Umweltverschmutzung durch Plastik. Wie kommt die Schweiz voran?](#)

Die grüne Ständerätin Céline Vara fordert den Bundesrat in diesem Postulat auf, die Einführung von Mehrwegverpackungssystemen in der Schweiz zu fördern, indem er Hindernisse analysiert, die Auswirkungen von Wiederverwendungsmodellen evaluiert und nationale Standards für Mehrwegverpackungen empfiehlt. Ziel ist es, die Schweizer Politik an internationale Ziele zur Reduzierung von Plastikverschmutzung anzupassen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen auf ausländischen Märkten zu stärken. Der Bundesrat verweist in seiner Stellungnahme darauf, dass die internationalen Verhandlungen für ein Plastikabkommen im Jahr 2025 fortgesetzt werden, wobei die Schweiz sich für ein effektives Abkommen mit verbindlichen Regeln entlang des gesamten Lebenszyklus von Plastik einsetzt. Auf nationaler Ebene sind die Arbeiten zur Umsetzung der neuen Bestimmungen im Umweltschutzgesetz am Laufen, weshalb keine neuen Prüfaufträge nötig sind. Der Ständerat folgte dem Antrag des Bundesrates auf Ablehnung und das Postulat wurde somit erledigt.

In beiden Räten

[Geschäft des Bundesrates - Forschungsförderinstrument SWEETER \(Swiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction\) für die Jahre 2025-2036. Verpflichtungskredit](#)

National- und Ständerat stimmten dem Verpflichtungskredit von 35.6 Millionen Franken für das Forschungsförderinstrument SWEETER für die Jahre 2025-2028 zu. Danach wird SWEETER in derselben Grössenordnung und Ausgestaltung in die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation integriert. Somit ist das Geschäft erledigt.

Pendente Geschäfte

[Motion \(NR Cattaneo Rocco, FDP\) - Nutzung von Deponien zur Erzeugung von Solarenergie](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um das Potenzial für die Erzeugung von Solarenergie auf Deponien, stillgelegten Steinbrüchen und verändertem Terrain zu nutzen, ohne landwirtschaftliche Flächen oder die Artenvielfalt zu beeinträchtigen. Der Bundesrat sowie der Nationalrat unterstützten die Motion. Die zuständige Kommission hat das Geschäft beraten und der Ständerat sollte sich dem Geschäft als Zweitrat als nächstes annehmen.

[Interpellation \(NR Bastien Girod, Grüne\) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrichtverbrennungsanlagen](#)

Die Interpellation 24.3958 fordert ein solidarisches Finanzierungssystem für CO₂-Abscheidungsanlagen in Schweizer Kehrichtverbrennungsanlagen, um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Der Bundesrat bestätigt, dass eine einheitliche Erhöhung der Entsorgungstaxen rechtlich möglich ist und verweist auf bestehende Förderprogramme, die innovative Technologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung unterstützen.

[Motion \(SR Jakob Stark, SVP\) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen](#)

Diese Motion fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 zu. Demnach sollte die Abfallverordnung (VVEA), besonders für Filteraschen aus Altholzverbrennung angepasst werden und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze gefördert werden. Nach der Annahme durch den Ständerat berät als nächstes die UREK-N bevor sie im Nationalrat als Zweitrat behandelt wird.

[Motion \(UREK-S\) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂](#)

Diese Motion fordert den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024 an. Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an. Die Motion wird gegenwärtig von der UREK-N vorberaten, bevor sie im Nationalrat behandelt wird.

[Interpellation \(NR Sophie Michaud, Grüne\) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?](#)

Die Interpellation 24.4332 befasst sich mit der Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung von Glasverpackungen in der Schweiz, insbesondere im Hinblick auf die Anpassung des Systems der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) nach der Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass die Wiederverwendung von Glasverpackungen bereits in der geltenden Verordnung vorgesehen ist, und die Verwaltung derzeit Möglichkeiten zur Förderung von Mehrwegverpackungen sowie potenzielle Massnahmen im Bereich Verpackungen prüft. Möglicherweise werden diese noch dieses Jahr zur Vernehmlassung vorgelegt.

[Interpellation \(NR Brenda Tuosto, SP\) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die Nationalrätin kritisiert in ihrer Interpellation den gesetzlichen Rahmen für das Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten in der Schweiz als nicht ausreichend verbindlich, insbesondere im Online-Handel, wo einige Anbieter ihre Rücknahmeverpflichtungen und die Erhebung des vorgezogenen Recyclingbeitrags umgehen. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsrisiken durch unsachgemässe Entsorgung, weshalb eine Stärkung des Rechtsrahmens notwendig sei. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass mit der Revision des Umweltschutzgesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitung zur Wiederverwendung geschaffen wurde und den Onlinehandel somit stärker in die Verantwortung eingebunden ist, indem ausländische Unternehmen eine Vertretung in der Schweiz bestimmen müssen, die für die rechtlichen Pflichten haftet.

[Interpellation \(NR Nadine Masshardt, SP\) - Wie fördert die Schweiz die Forschung zur Sicherheit von Chemikalien?](#)

Die Interpellation fordert eine Stärkung der Forschung zur Sicherheit von Chemikalien in der Schweiz, da die Belastung durch schädliche Stoffe zunimmt und viele Chemikalien unbekannte Auswirkungen haben. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass der Bund bereits Forschungseinrichtungen wie die Eawag und das SCAHT unterstütze und engagiert sich international in Projekten zur Chemikaliensicherheit. Zudem plant er, sich am Aufbau des Science Policy Panels zu beteiligen und sich für den Hauptsitz in Genf zu bewerben.

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Standards und Qualität der CO2-Entfernung](#)

Die Interpellation 24.4624 thematisiert die Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen für CO₂-Entfernung in der Schweiz, einschliesslich Anforderungen wie Speicherdauer, ökologische Standards und Verifizierbarkeit. Der Bundesrat verweist auf bestehende nationale Regelungen, internationale Richtlinien (z. B. IPCC) und bilaterale Klimakooperationsverträge, betont jedoch, dass freiwillige Zertifikate aus dem EU-Rahmenwerk derzeit nicht an Schweizer Klimaziele angerechnet werden können. Fragen zu Zertifizierungen und langfristigen Speichermethoden sollen im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision nach 2030 weiter geprüft werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

Neu eingereichte Geschäfte

Im Nationalrat

[Anfrage \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Coûts liés à l'inaction environnementale](#) (Deutsche Übersetzung folgt)

Die Frage bezieht sich auf internationale Studien, die zeigen, dass Untätigkeit in den Bereichen Klimaschutz, Schutz der Biodiversität und Bekämpfung der Umweltverschmutzung letztlich teurer sein wird als die derzeitigen Investitionen in Schutzmassnahmen. Der Bundesrat wird befragt, welche Kosten die Umweltverweigerung für die Schweiz in verschiedenen Bereichen verursacht und wie diese Kosten in der Politik berücksichtigt werden, welche Anpassungen der Schuldenbremse möglich sind und welche Auswirkungen Sparmassnahmen haben können.

[Interpellation \(NR Lorenzo Quadri, SVP\) - Adeguamento alle nuove ricerche e autorizzazione dell'utilizzo di plastiche oxo-biodegradabili](#) (Deutsche Übersetzung folgt)

Der Interpellat erklärt, dass die schweizerische Chemikaliengesetzgebung sich an der EU orientieren, um ein einheitliches Schutzniveau zu erreichen und Handelshemmnisse zu vermeiden, wobei beide das Inverkehrbringen von oxo-abbaubaren und oxo-biologisch abbaubaren Kunststoffen verbieten. Er hinterfragt diese Angleichung an die EU-Standards und erkundigt sich beim Bundesrat nach dessen Kenntnisstand über neue Forschungen zu oxo-biologisch abbaubaren Kunststoffen sowie nach der Möglichkeit, durch deren Einführung einen Wettbewerbsvorteil für die Schweiz zu schaffen.

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Pneuabrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?](#)

Eine Studie der ETH Lausanne zeigt, dass fast ein Drittel des analysierten Schweizer Gemüses Rückstände von chemischen Zusatzstoffen aus Autoreifen enthält, was auf die erhebliche Umweltverschmutzung und potenzielle Gesundheitsrisiken durch Pneuabrieb hinweist. Die Interpellantin bittet den Bundesrat um Antworten zu geplanten Massnahmen, weiteren Studien und möglichen Regulierungen, um die Auswirkungen von Pneuabrieb auf Umwelt, Nahrungsmittel und Gesundheit zu reduzieren und zu kontrollieren.

[Motion \(NR Ursula Zybach, SP\) - Schluss mit dem Entlastungspaket 27](#)

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Arbeiten zum Entlastungspaket 27 einzustellen, da sich die finanzielle Ausgangslage seit Beginn der Planungen im Frühling 2024 deutlich verändert hat und das Paket in der vorgesehenen Form als unnötig und ungerechtfertigt angesehen wird. Das geplante Entlastungspaket würde zu einem massiven Abbau öffentlicher Leistungen in Schlüsselbereichen wie Bildung, Kultur, Umweltschutz und Sozialwesen führen und hohe Folgekosten nach sich ziehen.

Im Ständerat

[Anfrage \(SR Maya Graf, Grüne\) - Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 27 /Änderung des Subventionsgesetzes: Auswirkungen und effektives Sparpotential](#)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 27 schlägt der Bundesrat vor, dass Finanzhilfen grundsätzlich 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen sollen. Die Interpellantin bittet den Bundesrat um detaillierte Informationen zu den Aus-



wirkungen und dem effektiven Sparpotenzial dieses Vorschlags, einschliesslich Daten zu bisherigen Finanzhilfen, betroffenen Bereichen und möglichen Konsequenzen der geplanten Änderung.

Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte

[Postulat \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft \(06.06.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Verbesserung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zu entwickeln, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Verlust von Rohstoffen durch den Export alter Fahrzeuge zu verhindern. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz bereits gut funktioniert, mit 97% der Altfahrzeuge, die von Schweizer Schredderwerken verarbeitet und recycelt werden. Der Nationalrat nahm das Postulat am 6. Juni 2023 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(SR Marianne Maret, Mitte\) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen \(06.06.2023\)](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, in verschiedenen Verordnungen spezifische Grenzwerte und Konzentrationswerte für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) festzulegen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Kantonen einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit PFAS-Belastungen zu geben. Die Motionärin betont die besondere Gefährlichkeit von PFAS als ubiquitäre, persistente, bioakkumulierbare, toxische und mobile Stoffe, deren gesundheitliche Risiken noch besorgniserregender sind als ursprünglich angenommen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, die von beiden Räten angenommen wurde.

[Postulat \(SR Tiana Angelina Moser, GLP\) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien \(03.05.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Menschen und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS und PCB zu prüfen. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen und beantragte die Annahme des Postulats, da er die Risiken dieser persistenten organischen Stoffe ernst nimmt und Handlungsbedarf sieht. Die Prüfung eines Aktionsplans soll die Belastungssituation in der Schweiz aufzeigen, Herkunft und Eintragsquellen identifizieren sowie den Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der verschiedenen staatlichen Zuständigkeiten herausarbeiten. Das Postulat wurde am 3. Mai 2023 dem Bundesrat überwiesen. Durch die [Interpellation 24.4056](#) erwirkte Ständerätin Moser eine Stellungnahme und Diskussion des Bundesrates in der Frühjahrsession 2025.

[Postulat \(SR Othmar Reichmuth, SVP\) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? \(13.06.2023\)](#)

Durch das Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, die Einführung einer vorgezogenen Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr auf Kunststoffe zu prüfen und verschiedene Fragen zur Umsetzung, Finanzierung und gesetzlichen Grundlagen zu beantworten. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verweist auf bereits bestehende Berichte, laufende Arbeiten und Verpflichtungen der Branche zur CO₂-Reduktion bei Kehrlichtverbrennungsanlagen. Trotz dem Antrag auf Ablehnung durch den Bundesrat wurde das Postulat vom Ständerat am 13. Juni 2023 angenommen.



[Postulat \(UREK-N\) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen \(11.03.2024\)](#)

Das Postulat 20.4332 fordert den Bundesrat auf, raumplanerische Lösungen für den Abbau, das Recycling und das Deponieren von Primärrohstoffen sowie die Entsorgung nicht wiederverwertbarer Abfälle zu erarbeiten, um die Versorgungssicherheit mit inländischem Baumaterial sicherzustellen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass die Raumplanung gemäss Verfassung den Kantonen obliegt und diese mit der kantonalen Richtplanung über geeignete Instrumente verfügen. Er betonte, dass der Bund bereits wichtige Grundlagen erarbeitet hat und die aktuelle Versorgungslage sich entspannt hat, weshalb momentan kein besonderer Handlungsbedarf besteht. Der Nationalrat nahm das Postulat am 11. März 2024 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(UREK-N\) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 23.3022 fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt zu erarbeiten und dem Parlament einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, da er bereits verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Mikroplastik ergriffen hat und weitere plant, wie beispielsweise die Erarbeitung eines Aktionsplans Mikroplastik. Er verwies zudem auf laufende internationale Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen, deren Ergebnisse in die nationalen Massnahmen einfließen sollen. Nach Annahme des Ständerates und Modifikation des Nationalrates wurde die Motion durch erneute Zustimmung des Ständerates am 5. Dezember 2024 dem Bundesrat überwiesen.

[Motion \(UREK-N\) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 24.3475 fordert den Bundesrat auf, die Abfallverordnung (VVEA) zu ändern, um die regulatorische Blockade beim Zink-Recycling zu beheben und Rechtssicherheit für das SwissZinc-Projekt zu schaffen. Der Bundesrat unterstützte die Motion und schlug vor, Rückstände aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen ebenfalls als Siedlungsabfälle zu qualifizieren, wodurch sie unter das Siedlungsabfallmonopol fallen und nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat angenommen.

[Postulat \(UREK-N\) - Stand und Potenzial der Pyrolyse \(20.12.2024\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Bericht über die Vorteile der Pyrolyse von fossilen, biologischen und gemischten Abfällen zu erstellen, der den Nutzen und die Energieeffizienz dieser Technologie sowie die daraus gewinnbaren Treibstoffe thematisiert. Der Bericht soll auch den Nutzen der Pyrolyse für die Energiespeicherung und Negativemissionen hervorheben sowie konkurrierende Technologien und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats, welches am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen wurde.

[Postulat \(UREK-N\) - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\) \(20.12.2024\)](#)

Der Bundesrat wird durch das Postulat aufgefordert, einen Bericht über die Auswirkungen einer Steuererleichterung für Treibstoffe aus dem chemischen Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) zu erstellen, der Einnahmeausfälle, mögliche Importanreize und CO₂-Bilanz-Effekte untersucht. Der Bundesrat ist bereit, diese Aspekte im Rahmen eines bereits geplanten Berichts zum Potenzial der Pyrolyse zu behandeln, steht Steuererleichterungen jedoch kritisch gegenüber und verwies auf die Befristung bestehender Vergünstigungen für erneuerbare Treibstoffe bis 2030. Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen und am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen.